

publik immer ganz gut funktioniert hat, wenn man als demokratische Kräfte gemeinsam gestanden hat. Menschen, die nicht unsere Staatsbürgerschaft haben und solche Gefährder sind, müssen festgesetzt und dann auch abgeschoben werden.

Dass ein Instrument benutzt worden ist, das man vorher noch nicht angewandt hat, zeigt, dass man verschärfte Gesetze auch anwendet. Diese konsequente Anwendung ist aus meiner Sicht genau der richtige Weg.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Nacke, genau das müssen wir auch mit Blick auf das Gefahrenabwehrgesetz bedenken. Wir müssen nämlich zunächst einmal festlegen, was Gefährder sind. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Viele diskutieren nämlich darüber, ohne diesen Begriff genau festgelegt zu haben. Ich glaube, auch das wird ein spannender Aspekt bei der Beratung der Gesetzentwürfe sein; denn wir reden immerhin über Menschen, die wir zwar als Gefährder einstufen, die aber noch keine Straftat begangen haben. Ich glaube, in einer Demokratie müssen wir auch diese Auseinandersetzung miteinander führen, weil hier an die Grenzen unserer Möglichkeiten gegangen wird.

Ich möchte dafür appellieren, dass wir nicht nur bei der Göttinger Polizei, sondern bei der Polizei in Niedersachsen insgesamt und auch an allen anderen Stellen eine Situation schaffen, die mich beruhigt, weil ich etwas sehe, was wir auch erwarten. Die Polizei und die Sicherheitskräfte analysieren alles, was sie machen, und schauen, wie man es danach besser machen kann. Das Wichtigste ist, dass wir uns darüber klar werden, dass wir vorher nie wissen, wie sich Gefahrenpotenziale entwickeln. Dann, wenn wir sie sehen, müssen wir aber auch unsere Lehren daraus ziehen. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Schritt ist.

Genauso wichtig ist es, dabei genau darauf zu achten, dass wir die Freiheit deshalb nicht infrage stellen. Deshalb bin ich froh, dass die Polizei und die Behörden in diesem Fall so gut gearbeitet haben. Ich sage ganz deutlich: Vielleicht sollten wir, wenn wir uns mit diesen Themen befassen, einmal darüber nachdenken, warum es in den 70er-Jahren besser geklappt hat, wenn man Runden beim Kanzler gemacht und genau überlegt hat, wie mit solchen Themen umzugehen ist. Damals war die Zielsetzung nicht, die Öffentlichkeit und den Streit zu suchen, sondern das Ziel bestand darin, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Vielleicht wäre das die richtige Lehre aus dieser Situation.

Wir haben den Entwurf eines Gefahrenabwehrgesetzes, den die Regierung eingebracht hat, und wir haben Ihren Vorschlag. Nun lassen Sie uns um den richtigen Weg streiten! Ich glaube, dass es sich lohnen wird. Die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit ist der schwierigste Weg, den wir vor uns haben. Beides gehört zusammen, beides geht. Das hat der aktuelle Fall gezeigt. Vielleicht ist es auch mal gut, geschlossene demokratische Fronten gegen diesen Terror zu haben. Vielleicht würde das auch in der Öffentlichkeit helfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Watermann. - Weitere Wortmeldungen liegen hierzu nicht mehr vor. Damit sind wir am Ende der Besprechung.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 21:

41. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben -

Drs. 17/7680 - strittige und unstrittige Eingaben - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7766 - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7769

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die unter Nr. 46 aufgeführte Eingabe 02976/11/17 zunächst erneut an den Petitionsausschuss zurückzuüberweisen und dort beraten zu lassen. Ich halte Sie für damit einverstanden, so zu verfahren.

(Petra Tiemann [SPD]: Ja!)

Das ist so.

Dann erübrigt sich zugleich die Abstimmung über den auf diese Eingabe bezogenen Änderungsantrag der FDP.

Wir kommen zunächst zur Behandlung der unstrittigen Eingaben.

Ich rufe diejenigen Eingaben aus der Drucksache 17/7680 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer den Ausschussempfehlungen zu diesen Eingaben zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Behandlung der strittigen Eingaben.

Ich rufe diejenigen Eingaben aus der 41. Eingabenübersicht in der Drucksache 17/7680 auf, zu denen die erwähnten Änderungsanträge vorliegen.

Wir kommen zur Beratung.

Zu Wort gemeldet hat sich zunächst Herr Dr. Hocker für die FDP-Fraktion.

(Zuruf von Gerald Heere [GRÜNE])

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Heere hat eben von „Überraschungen“ gesprochen. Ich darf Ihnen sagen, dass es ganz bestimmt keine Überraschung sein wird, sondern im Gegenteil. Wenn wir hier eine Petition strittig stellen, dann mag Ihnen das vielleicht so vorkommen wie in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Ich werde trotzdem nicht müde, Sie damit im Zweifel auch zu nerven und darauf aufmerksam zu machen - - -

(Zuruf von Petra Tiemann [SPD])

- Ja, das können Sie mir gern bestätigen.

Trotzdem wird mich es nicht in meinem Kampf dafür ermatten lassen, dass diesen Menschen da draußen eine Stimme verliehen wird, die unter Ihrer grünen Energiewende zu leiden haben und in unmittelbarer Nähe zu Windkraftanlagen leben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mittlerweile sind in diesem Hohen Hause Hunderte, ja Tausende von Petitionen von Abertausenden von Menschen, die hinter diesen Petitionen und den Bürgerinitiativen stehen, eingegangen. Die einzige politische Kraft, die sich dieser Bürgerinnen und Bürger annimmt, sind wir. Das wird in Zukunft auch so bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP)

Die Petenten, die in diesem Fall aus dem Landkreis Cloppenburg stammen, führen einige Argumente ins Feld, die es durchaus wert sind, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und Grünen, ernst genommen zu werden. Sie sprechen davon, dass der Landschafts- und Naturraum mit zusätzlichen Windkraftanlagen überfrachtet wird. Sie sprechen davon, dass in dörflichen Strukturen der soziale Frieden gefährdet ist, weil nur einige wenige von den Windkraftanlagen profitieren, aber die gesamte Dorfgemeinschaft die negativen Auswirkungen erdulden muss. Nicht zuletzt sprechen

Sie davon, dass es gerade im Landkreis Cloppenburg Vogelzugkorridore für Kraniche und Gänse gibt, die in Mitleidenschaft gezogen und zu Hunderten und Tausenden gehäckselt werden, wenn dort zusätzliche Windkraftanlagen entstehen.

Sie können den Konflikt zwischen Energiewende auf der einen Seite und Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite nicht auflösen. Das adressiere ich insbesondere an die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Es ist beschämend, dass Sie sich in den letzten Monaten immer wieder ausschließlich und ausdrücklich auf die Seite der Energiewendebefürworter geschlagen und Natur- und Artenschutz völlig außer Acht gelassen haben. Wir plädieren bei dieser Petition für „Berücksichtigung“.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung stammt vom Kollegen Axel Miesner für die CDU-Fraktion. Bitte schön!

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um die Eingabe 02858/11/17 von Herrn Werner Martin aus Oyten, einem Mitbürger aus meinem Wahlkreis. Konkret geht es um eine Windkraftanlage im Stadtteil Osterholz im benachbarten Bremen.

Bremen will eine Windkraftanlage in einem Abstand von sage und schreibe nur 400 bis 500 m zu besagtem Mitbürger und seinen Nachbarn errichten, was wir unsererseits ablehnen, weil wir der Meinung sind, dass die Belange der Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Gemeinde Oyten im Landkreis Verden nicht berücksichtigt worden sind.

Nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm, das mein Kollege Adrian Mohr im dortigen Kreistag mit beschlossen hat, gilt eine Abstandsregelung von 800 m. Wir als niedersächsische Abgeordnete sehen nicht ein, dass es bei uns im Land - ganz konkret in der Gemeinde Oyten im Landkreis Verden - Menschen erster und zweiter Klasse geben soll. Ich habe Herrn Minister Meyer im Oktober zu diesem Thema angeschrieben. Seine Antwort war mehr als nichtssagend und enttäuschend. Die Resolution der Gemeinde Oyten gegen diese Windkraftanlage im Bremer Stadtgebiet wurde einstimmig verabschiedet.

Wir hätten erwartet, Herr Minister Meyer, dass Sie sich mit Ihrem grünen Kollegen Herrn Dr. Lohse, der in Bremen Raumordnungsminister ist, kurzschließen und dafür sorgen, dass besagte Windkraftanlage dort nicht entsteht. Da dort auch das Naturschutzgebiet Fischerhuder Wümmewiesen beeinträchtigt würde und andere naturräumliche Belange tangiert würden, hätten Sie als grüner Politiker wirklich einmal Flagge zeigen können bzw. müssen mit dem Ziel, diese Windkraftanlage zu verhindern.

Wir lehnen das Ganze ab. Wir beantragen, diese Eingabe der Landesregierung zur Erwägung zu überweisen. Es ist peinlich, wenn Sie mit Ihrer Mehrheit gleich beschließen, dass das Land keine Möglichkeit sieht, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. In Wirklichkeit ist das Arbeitsverweigerung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Brammer zur selben Eingabe. Bitte schön!

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Miesner, wir haben es im Ausschuss ausführlich besprochen. Ich gebe zu: Die Berichterstatterin von der FDP und ich waren sogar der Meinung, dass wir den Einsender über die Sach- und Rechtslage unterrichten sollten. Das ist schon bemerkenswert, wenn bei der FDP in Sachen Windkraft „Sach- und Rechtslage“ rauskommt. Ich kann mir nicht vorstellen, was an dieser Stelle aus „Berücksichtigung“ werden soll. Das Ganze ist nach Bremer Recht entschieden. Wir als Land Niedersachsen können dort nicht eingreifen. Es ist in Bremen entschieden. Es ist in Bremen im Petitionsausschuss gewesen. Wir sind da außen vor. „Berücksichtigung“ geht überhaupt nicht. Deshalb bleiben wir auch bei „Erwägung“, damit die Landesregierung noch einmal nachfragt. Mehr geht nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Adrian Mohr. Bitte schön!

Adrian Mohr (CDU):

Herr Präsident! Geschätzter Kollege Brammer! „Berücksichtigung“ hat übrigens niemand beantragt. Deshalb weiß ich nicht ganz genau, worüber Sie geredet haben.

Wir haben beantragt, die Petition zur Erwägung an die Landesregierung zurückzugeben, weil erstens das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Verden relativ neu beschlossen ist und hier die Gesichtspunkte bewertet werden können und weil wir zweitens andauernd hören, wie gut der Draht und wie gut der Kontakt auf parteipolitischer Ebene, aber auch auf Ebene der Landesregierung zu den Kollegen in Bremen ist.

(Zuruf von der CDU)

Dann müssen die auch einmal liefern! Es kann doch nicht sein, dass wir uns hier zurückziehen und sagen: Na ja, die Bremer haben das so beschlossen, ist nun mal so. - Das ist doch peinlich!

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Die Bremer müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass auf der anderen Seite der Landesgrenze auch Menschen leben, die genau die gleichen Rechte haben wie die Bürgerinnen und Bürger in Bremen, verdammt noch mal!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Mohr. - Den Ausdruck „verdammt noch mal“ können Sie woanders sagen, draußen vielleicht, aber hier nicht.

(Adrian Mohr [CDU]: Das nehme ich zurück! Der Rest war so gemeint!)

Aber Ihren Ansatz haben wir alle verstanden.

Jetzt geht es, wenn ich das richtig sehe, um Petitionen zur Schule. Ich schaue mir die Redner an. Herr Försterling, Sie erhalten für die FDP-Fraktion als Erster das Wort.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu drei Petitionen zu Wort gemeldet. Es geht um die Petition zur Arbeitsbelastung der Lehrkräfte in Niedersachsen, und es geht um zwei Petitionen zum Themenkomplex Schulsozialarbeit. Wir hatten das Ganze bereits kurz vor der Mittagspause andiskutiert.